

Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in Marburg am 15.03.2026

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Immer mehr Milliarden werden für Aufrüstung ausgegeben. Die Bundeswehr wird vergrößert und möglicherweise wird die Wehrpflicht wieder eingeführt. Unsere Gesellschaft soll kriegstüchtig gemacht werden. Kriegerische Auseinandersetzungen bedeuten den Tod und das Leid unzähliger Menschen über Generationen hinaus. Die Überlebenden, die Umwelt und die Infrastruktur leiden unter den Folgen des Krieges. Weltweit werden Menschen durch Kriege in die Flucht getrieben. Die geplante Aufrüstung führt aufgrund enormer Ressourcenvernichtung und erheblichem Energieverbrauch zu weiterer Umweltzerstörung. Dies gilt auch für militärische Übungen zu Boden, Luft und Wasser.

Das alles wirkt sich selbstverständlich auch auf die kommunale Ebene aus.

Wir fordern deshalb

- Förderung der Friedensbildung

Die Förderung gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Friedensbildung ist ein wesentlicher Beitrag, um sowohl Gewalt im kommunalen Raum als auch international wirksam zu begegnen.

Anknüpfend an die „Marburger Erklärung gegen Gewalt“ von 2013 sollten Beratungs-, Vernetzung- und Kontaktstellen zur Gewaltprävention für Tageseinrichtungen für Kinder, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen bereitgestellt werden, da sich Marburg durch die Erklärung verpflichtet hat: „Gewalt in dieser Stadt nicht zu akzeptieren“.

Ergänzend dazu ist das Konzept des gewaltfreien Widerstands, als „Soziale Verteidigung“ bekannt, aufzugreifen und zu verwirklichen.

- Einrichtung eines Beratungsangebotes für Kriegsdienstverweigerer

Die Bürger:innen in Marburg sind inzwischen damit konfrontiert, dass sie selbst und/oder Angehörige und Freunde zum Wehr- bzw. Kriegsdienst eingezogen werden könnten. In Marburg und Umgebung gibt es aber keinerlei Beratungsangebot zur Kriegsdienstverweigerung. Die bundesweite „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V.“ wurde 2014 aufgelöst. Die Kreiswehrrersatzämter wurden bereits in 2012 abgeschafft. Neue Strukturen, die das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung (Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz) überhaupt ermöglichen, müssen auch in Marburg und im Landkreis dringend errichtet werden, insbesondere Beratungsstellen.

- Weniger militärischer Einfluss in Marburg und Umgebung

Militärische Übungen und Manöver beeinträchtigen auch die Lebensqualität (insb. Lärm und CO₂-Ausstoß) in Marburg, beispielsweise durch vermehrte Überflüge des Kampfhubschrauberregiments 36 „Kurhessen“ in Fritzlar. Die Division Schnelle Kräfte (DSK) befindet sich in unmittelbarer Nähe Marburgs in Stadtallendorf. Das Motto der Division Schnelle Kräfte „einsatzbereit – jederzeit – weltweit“ verdeutlicht in erschreckend klarer Weise den Auftrag und das Selbstverständnis der Division, über die Landesverteidigung hinaus militärisch aktiv zu werden und macht unseren Landkreis zu einem möglichen Angriffsziel.

- Keine Einführung eines „Veteranentages“ im Landkreis Marburg-Biedenkopf

In 2025 wurde für den 15.06. der „Nationale Veteranentag“ eingeführt. Damit sollen der Einsatz und der Dienst aktiver und ehemaliger Soldat:innen der Bundeswehr gewürdigt werden. In unserem Landkreis darf durch einen lokalen „Veteranentag“ keine weitere Werbung für Militarisierung stattfinden. Der „Veteranentag“, der in Deutschland nicht nur „in Ehren ausgeschiedene Soldat:innen“, sondern auch zurzeit im Dienst befindliche Soldat:innen umfasst, ist im Übrigen eine unzulässige Hervorhebung und damit Herabwürdigung anderer Berufsgruppen wie z. B. im Gesundheitsbereich Tätige.

- Keine Kooperation mit der Bundeswehr zur Reaktivierung von Militärstandorten

Die Umwandlung von militärischen Liegenschaften für zivile Zwecke wurde im Oktober 2025 gestoppt. Bundesweit liegen jetzt die Pläne für 187 Konversionsprojekte auf Eis. Das betrifft auch zwei Standorte im Landkreis Marburg-Biedenkopf in Stadtallendorf und Münchhausen-Oberaspehe. Diese Flächen sollen für dringend benötigte Wohnungen und bei kontaminierter Fläche auch weiterhin für Photovoltaik-Anlagen genutzt werden.

- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die Geflüchteten helfen

Es ist notwendig, sich einerseits mit allen Kräften für den Friedenserhalt einzusetzen und andererseits zu helfen, die Folgen kriegerischer Auseinandersetzungen für nach Marburg geflüchtete Menschen größtmöglich abzumildern. Dazu braucht es Förderung von offizieller Seite – auch und gerade der Kommunen.

- Eintreten gegen den massiven Ausbau der Rüstungsindustrie

Am Standort Kassel soll die Rüstungsindustrie der Konzerne Rheinmetall und KNDS (Zusammenschluss von Krauss-Maffei Wegmann „KMW“ und dem französischen Rüstungskonzern Nexter) mit einem Großauftrag über 4,7 Milliarden Euro massiv ausgebaut werden. Damit wird Nordhessen, wie bereits im 2. Weltkrieg, wieder zum direkten Angriffsziel in kriegerischen Auseinandersetzungen. Das liegt nicht im Interesse von Marburg!

- Ausbau an der Beteiligung im internationalen Städtebündnis „Mayors for Peace“

Marburg ist seit 2016 eine Mayors-for-Peace-Stadt. Die „Bürgermeister:innen für den Frieden“ wollen ein deutliches Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen setzen. Ein Ziel ist die Umsetzung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages, der 2021 in Kraft trat, bisher ohne die Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland. Hier bedarf es verstärkter Initiativen der Mayors for Peace. Im Landkreis sind sie vertreten in den Gemeinden und Städten: Bad Endbach, Cölbe, Fronhausen, Kirchhain und Marburg.

- Unterstützung des ICAN-Städteappells (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen)

Auch Bundesländer und Städte können den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unterstützen. Mit Beschluss der StadtMverordnetenversammlung am 22. Februar 2019 unterstützt Marburg den Städteappell. Die Marburger Stadtregierung sollte sich dementsprechend weiterhin vehement für eine Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesregierung einsetzen.

Zudem sollte die Universitätsstadt Marburg erneut ein sichtbares Zeichen mit dem Hinweis "Atomwaffenfreie Zone" an den Ortstafeln anbringen.

- Gegen „nukleare Beteiligung“ und gegen die Stationierung von erstschlagfähigen US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland

Deutschland beteiligt sich an der „nuklearen Teilhabe“, indem es in die Planung und Durchführung eines Atomwaffeneinsatzes eingebunden ist.

In Deutschland lagern im Fliegerhorst Büchel 15-20 US-amerikanische Atomwaffen, die im Kriegsfall von der Bundeswehr mit deutschen Trägerflugzeugen transportiert und abgeworfen werden könnten.

Ab 2026 sollen sogar neue US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationiert werden. Die Kommandozentrale für diese Mittelstreckenwaffen wird in der Landeshauptstadt Wiesbaden befehligt. Das wird Deutschland und damit auch Wiesbaden im Konfliktfall zu einem zentralen Angriffsziel machen.

„Nukleare Teilhabe“ und erstschlagfähige Mittelstreckenwaffen widersprechen der Hessischen Verfassung und den Zielen der „Mayors for Peace“. Deshalb sollten die Mayors for Peace im Landkreis Marburg-Biedenkopf sich gemeinsam gegen diese Pläne stellen

- Einsatz gegen weitere Aufrüstung und gegen Kriegsvorbereitungen

Die Hessische Verfassung gebietet in Art. 69 Abs. 1 und Abs. 2: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg voranzutreiben, ist verfassungswidrig.“

Auf der Grundlage der Hessischen Verfassung sind wir Bürger:innen und damit auch die Politik gefordert, sich gegen weitere Aufrüstung auszusprechen und sich für Frieden einzusetzen.

Der Kommunalwahl am 15.03.2026 kommt eine große Bedeutung zu, weil sie die Chance darstellt, sich für eine friedliche und humane Politik einzusetzen!

Deshalb: Wählen gehen!!

Berücksichtigen Sie bei Ihrer Wahlentscheidung unsere Forderungen.